



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Auskunft erteilt
Doris Hülsmeier

Zimmer 2

Tel. (0421) 361 2215

Fax (0421) 496 2215

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

3-07/15 Win

Bremen, den 14. August 2019



Fair handeln für Kinder in armen Ländern
mit der Rest-Cent-Aktion. Infos unter
www.gpr.bremen.de/restcent

Pressemitteilung

Angemessene Personalausstattung in Sicht?

Gesamtpersonalrat begrüßt rot-grün-rote Koalitionsvereinbarung

Mit der Koalitionsvereinbarung für die 20. Wahlperiode stellen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven, gute Bildung für alle, den Klimaschutz und ein Leben in Sicherheit in den Mittelpunkt ihrer Politik der kommenden vier Jahre. Eine ressortübergreifende Verantwortlichkeit soll zukünftig für eine wirksame Bekämpfung von Armut sorgen. Die rot-grün-rote Koalition stellt gleichzeitig klar, dass der Finanzrahmen nur eine schrittweise Umsetzung der umfangreichen und ehrgeizigen Maßnahmen möglich machen wird.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass die Koalition die Rolle der öffentlichen Hand für die Umsetzung ihrer Vorhaben anerkennt und deutlich stärken will. Nach Jahrzehnten der Kürzungspolitik, in denen die Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes sich von der Politik oft als Kostenfaktor und Sündenbock wahrgenommen fühlten, erwarten wir von der rot-grün-roten Koalition eine den Aufgaben entsprechende Ausstattung, gute Arbeitsbedingungen, ein einheitliches, faires Umgehen mit den Beschäftigten und Wertschätzung.

Angemessene Personalausstattung sichern

Wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele ist ein leistungsfähiger und angemessen ausgestatteter öffentlicher Dienst. Es ist gut, dass die Koalitionsparteien dies anerkennen und Vorstellungen entwickelt haben, wie dies zu erreichen ist.

Nach einem Vierteljahrhundert pauschaler Personalkürzungen mittels so genannter PEP-Quoten kann in vielen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes die Aufgabenerledigung nicht mehr so gewährleistet werden, wie es erforderlich wäre. Der Gesamtpersonalrat begrüßt daher ausdrücklich, dass die Personalbemessung zukünftig aufgabenorientiert erfolgen soll. Wichtig ist, dass dabei das gesamte Aufgabenspektrum angemessen abgebildet wird. Auch die Arbeitsanteile müssen berücksichtigt werden, die für die Weiterentwicklung von Arbeitsabläufen

Dienstgebäude
Knochenhauerstr. 20/25
3. Etage
28195 Bremen
Internet: www.gpr.bremen.de

Bus/Straßenbahn
Haltestellen Schüsselkorb/
Am Wall/ Herdentor

Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215

Seite 1 von 2

 nach telefonischer Absprache

aufzuwenden sind. Neue Aufgaben durch gesellschaftliche Veränderungen wie die Migration oder die Digitalisierung sind bei der Stellenbemessung einzubeziehen.

Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern

Freie Stellen und Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst ziehen nicht mehr ohne Weiteres geeignete Bewerber_innen an. Immer häufiger können Ausbildungsplätze oder offene Stellen nicht besetzt werden. Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass die Koalitionsparteien dies erkannt haben und die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften für den öffentlichen Dienst als wichtige Zukunftsaufgabe begreifen und die Attraktivität der Freien Hansestadt Bremen als Arbeitgeberin steigern wollen.

Der öffentliche Dienst soll die Bürgerinnen und Bürger Bremens repräsentieren, die Vielfalt der Gesellschaft muss sich dort wiederfinden. Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass dies systematisch unterstützt und gefördert werden soll.

Die Sicherung und Ausweitung der Ausbildung im öffentlichen Dienst ist die wichtigste Quelle zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses. Wir begrüßen, dass die Koalition das hohe Niveau halten und bereichsweise weiter ausbauen will.

Bei den Entgelten hat der öffentliche Dienst über viele Jahre immer mehr den Anschluss an die Privatwirtschaft verloren und konnte seine Position erst in jüngster Zeit wieder etwas stabilisieren. Vor diesem Hintergrund ist die Zusicherung, Tarifabschlüsse zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung zu übertragen, ein wichtiges Signal. Wir erwarten darüber hinaus, dass die in der Vergangenheit den Beamt_innen auferlegten Sonderopfer, wie beispielsweise beim Weihnachtsgeld, schrittweise abgebaut werden. Auch bei den Zulagen, die im letzten Jahr erstmals nach langer Zeit angepasst wurden, gibt es noch weiteren Handlungsbedarf im Sinne einer weitgehenden Angleichung und Dynamisierung.

Wir begrüßen, dass die Koalition sich zur Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen bekennt und auf ihrer Grundlage die Arbeitsbedingungen verbessern will. Dazu gehören existenzsichernde Arbeitsplätze, die den Beschäftigten Planungssicherheit geben und ihnen ein hohes Maß an Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und Privatleben ermöglichen.

Ein guter Umgang mit gesundheitlichen körperlichen wie psychischen Belastungssituationen ist eine wichtige Führungsaufgabe. Wir begrüßen deshalb das Vorhaben der Koalitionsparteien, Führungskräfte durch Leitlinien in ihrer Arbeit zu unterstützen und das Gesundheitsmanagement in den Dienststellen verstärkt zentral zu unterstützen. Ebenfalls den Wünschen der Beschäftigten entspricht, dass die individuelle Karriereplanung der Beschäftigten und ihre Aufstiegschancen verbessert werden sollen.

Gute Arbeit zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, dass die Beschäftigten sie nach demokratischen Regeln selbst mitgestalten können. Maßgebliche Instrumente dafür sind das Bremische Personalvertretungsgesetz sowie Dienstvereinbarungen, die auf seiner Grundlage abgeschlossen wurden. Deshalb ist es wichtig, die gleichberechtigte Mitbestimmung und die Zuständigkeiten nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz beizubehalten. Der Gesamtpersonalrat unterstützt ausdrücklich die Absicht der Koalitionsparteien, Schlichtungs- und Einigungsstellenverfahren im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zügiger abzuwickeln.

Der Gesamtpersonalrat unterstützt die Absicht, die Wirksamkeit der Regelungen des Bremischen Landesgleichstellungsgesetzes zu verbessern und die Einflussmöglichkeiten der Frauenbeauftragten zu stärken.

Digitalisierung der Verwaltung bürgerfreundlich und beschäftigtenorientiert gestalten

Bremen will sich auf Seiten der öffentlichen Arbeitgeber stark machen für einen Digitalisierungs- und Zukunftstarifvertrag. Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass die Koalition die Weiterentwicklung und Absicherung der Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst unter den Bedingungen der Digitalisierung gestalten will.